

## Entwurf

(Autor: Christoph Maas, Stand: 2. Dezember 2010)

### **Entschließung des Hochschulsenats der HAW Hamburg zu den angekündigten Sparmaßnahmen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg**

Die Entwicklungen der letzten Tage in Senat und Bürgerschaft haben bislang an den Sparplänen nichts geändert. Es wird für die überschaubare Zukunft auch dabei bleiben, dass der Wissenschaftsbereich in Hamburg verglichen mit anderen Bundesländern deutlich unterfinanziert ist. Daher hält es der Hochschulsenat unverändert für notwendig, sich zu den bislang ins Gespräch gebrachten Maßnahmen zu äußern:

Der Hamburger Senat hat wiederholt zugesagt, den Bereich der Wissenschaft von dem Sparpaket auszunehmen. Tatsächlich aber belasten seine Beschlüsse die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie die Menschen, die an ihnen arbeiten und studieren, in erheblichem Maße. Beeinträchtigungen des Lehr- und Forschungsbetriebs, Abbau von Professorenstellen (also von Studienplätzen) und die Demotivierung der Beschäftigten durch die Gehaltskürzung sind als direkte und indirekte Folgen der Senatsbeschlüsse zu erwarten. Der Bruch dieses Versprechens beschädigt das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Regierungshandelns. Die Hamburger Wissenschaft wird das in Zukunft schmerzlich zu spüren bekommen. Ob es darum geht, einen Ruf auf eine Professur anzunehmen, ein Studium in Hamburg zu beginnen oder eine Forschungskooperation mit einer Hamburger Hochschule einzugehen – ein Misstrauen in die Glaubwürdigkeit der politischen Rahmenbedingungen wird stets dabei sein.

Der Wegfall des Weihnachtsgeldes für die meisten Hamburger Beamtinnen und Beamten (und die erhebliche Kürzung für die übrigen) bedeutet eine Gehaltskürzung um 5%. Auf dem Weg zur niedrigsten Professorenbesoldung aller Bundesländer ist Hamburg damit schon fast am Ziel angekommen. Die Berufung auf eine Professur an der HAW Hamburg ist schon jetzt in den meisten Fällen mit einem Rückgang des Bruttoeinkommens verbunden. Die Verlässlichkeit der Besoldung im öffentlichen Dienst war deshalb bisher ein wichtiges Argument, trotzdem in die Hochschule einzutreten. Die in manchen Fachgebieten schon jetzt geringe Zahl der Bewerbungen bei Stellenausschreibungen wird zukünftig noch weiter sinken, und für die vorhandenen Professorinnen und Professoren wird der Anreiz, durch eine Bewerbung nach außerhalb die Besoldungskürzung auszugleichen, stärker. Eine Hochschule, die wesentlich mit dem Stopfen von personellen Löchern beschäftigt ist, funktioniert nicht besonders gut und dient damit weder den Interessen der steuerzahlenden Menschen noch den Studierenden.

Die Studierenden sind auf mehrere Weisen betroffen: Höhere Preise des Studierendenwerks und die Erhöhung des Semesterbeitrags summieren sich für jede Studentin und jeden Studenten im Laufe eines Bachelorstudiums im Durchschnitt auf eine zusätzliche Studiengebühr. Ausländische Studierende geraten durch den Wegfall der Stipendien gerade in der Phase des Abschlussexamens in Existenznöte. Gerade in einer Stadt, die vom Lebensgefühl und vom Arbeitsmarkt her so international orientiert ist wie Hamburg, ist aber eine international zusammengesetzte Studierendenschaft für jede Hochschule, die ihren Ausbildungsauftrag ernst nimmt, ein absolutes Muss.

Gleichzeitig dürfen die Studierenden von ihren Hochschulen immer weniger Gegenleistungen für ihre Studiengebühren erwarten. Planmäßig sollten den Hochschulen 500 € pro Kopf zur Verfügung stehen. Der Senat senkt diesen Betrag auf direktem Wege um 25%. Dadurch, dass zusätzlich auch die Kosten der Verwaltung und der Stundung aus dem Aufkommen der Studiengebühren bezahlt werden sollen, vermindert sich der tatsächlich für Zwecke der Lehre und des Studiums verfügbare Betrag um ca. 10 weitere Prozentpunkte. Dabei zahlt heute sogar die große Mehrheit der Studierenden die Gebühren sofort. Würden sie alle zukünftig von der ihnen zustehenden Stundung Gebrauch machen, fielen diese Kosten weit höher aus. Damit kämen wir dann einer Situation ziemlich nahe, in denen das Gebührensystem vor allem sich selbst verwaltet, statt im Studienbetrieb Nutzen zu stiften.

Dass die beschönigend „Effizienzdividende“ genannte Arbeitsverdichtung für die hamburgische Verwaltung (denn begleitende gesetzliche Änderungen für die Anpassungen von Arbeitsabläufen sind offensichtlich nicht vorgesehen) in einer Weise auf die Hochschulen heruntergebrochen wird, dass sie ohne Einsparung von Professorenstellen (also Abbau von Studienplätzen) nicht zu erbringen ist, und dass den Hochschulen die finanzielle Verantwortung dafür zugerechnet wird, dass sich ihre Studierenden mit dem ersten Wohnsitz in Hamburg anmelden, lohnt angesichts der Zerstörungskraft der übrigen Sparmaßnahmen kaum noch die Mühe der argumentativen Auseinandersetzung.

Der Hochschulsenat der HAW Hamburg bekräftigt an dieser Stelle noch einmal seine Auffassung, dass es die Aufgabe der Stadt ist, den Hochschulen die benötigten Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, und dass deswegen die Kosten für das Gebäude Alexanderstraße 1 und den Standort Finkenau von der Behörde und nicht aus dem Haushalt der Hochschule zu tragen sind.

Wenn wir für den Moment die Rolle von Studium und wissenschaftlicher Arbeit für die Gesellschaft als ganzes wie auch für die Lebenszufriedenheit des Einzelnen einmal außer Acht lassen, dann zeigt sich in der finanziellen Dimension der Nutzen von Hochschulen nicht in dem Geldbetrag, den ihr Betrieb kostet, sondern in dem Wohlstand, gemessen in Wirtschaftsleistung, Einkommen und Steueraufkommen, den die hier Ausgebildeten generieren.

Die aktuelle Steuerschätzung zeigt, dass kurzfristige Notmaßnahmen ohne Beachtung der dadurch ausgelösten Folgen derzeit in Hamburg nicht erforderlich sind und deshalb auch nicht in der vorgesehenen Weise exekutiert werden sollten. Wir appellieren vielmehr an die Hamburger Politik, gemeinsam mit den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen daran zu arbeiten, dass Studium und Wissenschaft noch mehr als bisher schon zum Wohlergehen dieser Region beitragen.